

11.

Die psychiatrische Sachverständigen-Tätigkeit und der Strafrichter. *)

Von Karl Wilmanns in Heidelberg.

Meine Herren! Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat das Verständnis der Gerichte für die psychiatrische Sachverständigentätigkeit und mit ihm auch die Zahl der Fälle bedeutend zugenommen, in denen der Rat des Irrenarztes in Anspruch genommen wird. Jene Richter, die von einer „psychiatrischen Gefahr“ sprachen und die den „gesunden Menschenverstand“ als hinreichend für die Beurteilung geistig abnormer Rechtsbrecher erklärten, sind seltener geworden. Und trotzdem werden Sie mir zugeben, daß, verglichen mit andern wissenschaftlichen Sachverständigen, der Psychiater auch gegenwärtig noch einer gewissen mißtrauischen Zurückhaltung von Seiten der Richter nicht so selten begegnet. Zweifellos sind die Gründe, die dem psychiatrischen Sachverständigen seine Stellung vor Gericht erschweren, zum Teil in der Person des Richters und des Arztes zu suchen. Ebensovienig, wie es sich bestreiten läßt, daß ein oder der andere Richter sich geistlich gegen die Fortschritte auf dem Gebiete der Kriminalpsychiatrie verschließt und einen sachverständigen Rat als einen Eingriff in seine richterliche Tätigkeit auffaßt, ebensowenig läßt sich leugnen, daß Ärzte vor Gericht auftreten, die ihrer Aufgabe als psychiatrische Sachverständige nicht gerecht werden, sei es, daß ihnen die wissenschaftliche Grundlage dazu fehlt, oder daß sie Anschauungen vertreten, die mit dem geltenden Rechte nicht in Einklang zu bringen sind.

Diese in einzelnen Persönlichkeiten liegenden Mängel tragen gewiß dazu bei, die allgemeine Anerkennung der psychiatrischen Sachverständigen vor Gericht zu erschweren, sie können aber nicht allein dafür verantwortlich gemacht werden. Die Hauptgründe liegen offenbar in den Tatbeständen selbst, deren Begutachtung dem Irrenarzte übertragen wird. Das Gutachten eines chemischen Sachverständigen oder eines Chirurgen wird als autoritativ entgegengenommen

*) Ein Vortrag vor einem Juristenkreise.

und wirkt so gut wie in allen Fällen bestimmend auf das Urteil des Richters ein. Dem Gutachten eines Irrenarztes jedoch steht der Jurist kritisch gegenüber, er traut sich eigenes Urteil über den Geisteszustand des Täters zu und hat gegebenenfalls keine Bedenken, die Schlüsse des Sachverständigen abzulehnen. Auf Grund welcher Tatsachen dieses Verhalten des Richters zu erklären ist, und inwieweit es sich rechtfertigen läßt, wollen wir zu erörtern versuchen. Dabei werden wir Gelegenheit finden, auf die Befugnisse des psychiatrischen Sachverständigen einzugehen und zu zeigen, wie wir uns praktisch mit den Begriffen der „krankhaften Störung der Geistestätigkeit“ und der „freien Willensbestimmung“ auseinander zu setzen suchen.

Um diesen Fragen nähertreten zu können, müssen Sie mir gestatten, Ihnen in der Schilderung der Begutachtungen von neun alltäglichen, aus dem Leben gegriffenen geistig abnormen Rechtsbrechern eine Grundlage zu schaffen, auf der wir uns zu verständigen vermögen.

Sch beginne mit der Darstellung dieser Fälle:

1. Ein 38 jähriger unbescholtener Bankbeamter war bereits seit einigen Wochen durch allerlei nervöse Beschwerden, Kopfschmerzen, Ermüdbarkeit, Reizbarkeit und Gedächtnisschwäche in seiner Arbeitsfähigkeit behindert. Eines Tages verläßt er ohne Abschied seine Familie, hebt einen großen Teil seiner Ersparnisse in der Bank ab, reist planlos im Lande umher, macht große zwecklose Einkäufe und wird schließlich in einem Hotel dabei ertappt; als er, von Zimmer zu Zimmer wandernd, Diebstähle begeht, indem er alles, was ihm unter die Hände gerät, in einen Koffer packt und mit sich nimmt. Bei der Verhaftung gerät er in Erregung, verteidigt seine Handlungen als sein gutes Recht und motiviert sie damit, daß ihm alles auf der Welt gehöre. Der Sachverständige stellt die körperlichen Erscheinungen der Gehirnerweichung und paralytischen Größenwahn fest und empfiehlt den Angeschuldigten dem Schutze des § 51. Der Kranke wurde außer Verfolgung gesetzt.

Oder ein anderer Fall:

2. Ein 26 jähriger Gelegenheitsarbeiter war schon mehrmals wegen akuter Geisteskrankheit in der Irrenanstalt behandelt worden. Jedes Mal war er gebessert, aber nicht geheilt zu seinen Angehörigen entlassen worden. Seit seiner letzten Erkrankung hatte er die Arbeit nicht wieder aufgenommen, sondern hatte menschen scheu, von hypochondrischen und Verfolgungsideen gequält, im Hause vegetiert. Eines Tages stürzte er sich plötzlich und ohne erkennbares Motiv auf einen an seiner Wohnung vorübergehenden Gymnasiasten und verletzte ihn ernstlich mit einem Taschenmesser. Dem Richter gegenüber begründete er die Tat mit verworrenen Verfolgungsideen. Auf das einstimmige Gutachten der Sachverständigen wurde er außer Verfolgung gesetzt.

Beide Fälle liegen einfach. Hier wie dort handelte es sich um fort schreitende Erkrankungen, die bereits zu deutlicher geistiger Schwäche geführt hatten. Offensichtliche Wahnvorstellungen waren das Motiv zum Rechtsbruch. An der Unzurechnungsfähigkeit der Täter konnte nicht gezweifelt werden.

Nicht ganz so einfach liegen die Verhältnisse im dritten Falle:

3. Ein unehelich geborener, mangelhaft erzogener 25 jähriger Gelegenheitsarbeiter, der schon wiederholt wegen schwerer Einbruchsdiebstähle lange Gefängnisstrafen erlitten hatte, erkrankte im Zuchthause an einer akuten Psychose. Gebessert, aber nicht geheilt wird er nach erstandener Strafe zu seinen Angehörigen entlassen. Der Kranke entzieht sich jedoch alsbald ihrer Fürsorge und begeht wiederum einen kleinen Diebstahl, der ihn vor Gericht führt. Der Sachverständige stellt fest, daß der Angeschuldigte von seiner Erkrankung nicht genesen ist, daß er besonders auf gemüthlichem Gebiete starke Einbuße erlitten hat und an Wahnideen leidet; er hält ihn für nichtverantwortlich für den Diebstahl. Der Einwand der Staatsanwaltschaft, daß die Tat nicht das Ergebnis seiner Wahnideen oder anderer krankhafter Momente, sondern vielmehr seines verbrecherischen Willens sei und der Angeschuldigte mithin verantwortlich gemacht werden müsse, wird von dem Sachverständigen zurückgewiesen. Er betont, daß die Erkrankung sich nicht nur in den auch dem Laien ohne weiteres auffälligen Wahnideen und Sinnesstörungen äußere, sondern die ganze Persönlichkeit des Angeschuldigten ergriffen und sein ursprüngliches Wesen völlig verändert habe. Der Richter nahm die Belehrung an und sprach den Angeklagten frei.

Die für einen Laien naheliegende Forderung, daß die Tat eines Unzurechnungsfähigen sich auch für den nicht sachkundigen Beobachter ohne weiteres als das naturgemäße Ergebnis der erkannten Geisteskrankheit, als die Äußerung von intellektuellen oder affektiven Schwächen, von Wahnideen oder Sinnesstörungen darstellen müsse, ist in diesem Falle nicht gegeben. Immerhin fiel es dem Sachverständigen nicht schwer, unter Hinweis auf die zweifellos bestehende fortschreitende geistige Störung den Richter von der Unzurechnungsfähigkeit des Täters zu überzeugen.

Noch größere Schwierigkeiten macht aber dem Laien die Beurteilung folgender Fälle:

4. Die 40 jährige Frau eines niederen Gerichtsbeamten wurde eines Tages dabei ertappt, als sie in einem Warenhause eine Rolle Seidenband entwendete. Die Tat stand im Widerspruche mit dem Charakter und dem einwandfreien Vorleben der in guten Verhältnissen lebenden Frau, so daß ihr Verteidiger die Untersuchung auf ihren Geisteszustand beantragte. Die Frau wies außer einigen nervösen Erscheinungen wie Kopfschmerzen, Reizbarkeit, Ermüdbarkeit keine psychischen Regelwidrigkeiten auf. Den Diebstahl gab sie zu und bereute ihn, ohne freilich ein volles Verständnis für die

Tragweite ihrer Handlungsweise an den Tag zu legen. Auf körperlichem Gebiete jedoch waren die eindeutigen Zeichen der Gehirnerweichung festzustellen. Auf das Gutachten des Sachverständigen hin wurde die Angeklagte freigesprochen.

Endlich ein fünfter Fall:

5. Ein 20 jähriger Student wurde dabei überrascht, als er einem Kommilitonen einen Überzieher aus der Garderobe der Universität stahl. Der Täter war der Sohn begüterter Eltern, er litt selbst keine Not und hatte reichlich zu leben, sein Vorleben war tadellos, er genoß den besten Reumund. Dem Richter gegenüber räumte er die Tat sofort ein, ohne sie in einleuchtender Weise motivieren zu können. Er benahm sich beim Verhöre etwas unfrei, steif und linksch, im übrigen jedoch geordnet. Die Tat war auch den Angehörigen ein Rätsel und erweckte bei ihnen den Verdacht des Bestehens einer geistigen Störung, zumal der junge Mann auch sonst im Laufe der letzten Zeit Auffälligkeiten gezeigt hatte. Der Sachverständige stellte fest, daß der Täter sich seit etwa einem Jahre psychisch verändert hatte, er war — im Gegensatz zu früher — still und mißtrauisch, gleichgültiger und interesseloser geworden, er hatte jeden Verkehr abgebrochen und in seiner Leistungsfähigkeit abgenommen. Auf Grund dieser Erscheinungen nahm der Arzt einen schleichenden Verblöbungsprozeß an, der die freie Willensbestimmung des Täters ausschließe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Lassen Sie uns diese kurz skizzierten Fälle mit einigen Worten zusammenfassen: Ihnen allen gemeinsam ist die Entwicklung einer fortschreitenden psychischen Veränderung einer ursprünglich mehr oder weniger normalen Persönlichkeit, die Entstehung einer allmählich zur Vernichtung der individuellen Eigenart führenden Geisteskrankheit. Die beiden ersten Fälle machen der richterlichen Beurteilung keinerlei Schwierigkeiten: Beide Rechtsbrecher litten zur Zeit der Tat an sinnfälligen Psychosen mit Wahnvorstellungen; die plumpen Diebstähle des paralytischen Beamten und der Mordversuch des katatonischen Gelegenheitsarbeiters waren wahnhaft motiviert. Kein Laie wird ihre Unzurechnungsfähigkeit in Zweifel ziehen. Im dritten Falle lagen die Beziehungen zwischen Psychose und Rechtsbruch nicht so klar auf der Hand. Doch auch bei diesem, im Laufe seines antisozialen Lebens erkrankten Eigentumsverbrecher wird es dem Richter einleuchten, daß die zweifellos bestehende geistige Störung die Zurechnungsfähigkeit des Täters ausschließt, mag auch die Tat selbst in seiner ursprünglichen Eigenart wurzeln und nicht das offensichtliche Ergebnis seiner erworbenen Störung sein. Am schwierigsten wird es aber dem Sachverständigen in den beiden letzten Fällen sein, den Richter von der Unzurechnungsfähigkeit der Angeschuldigten zu überzeugen. Weder die paralytische Beamtenfrau, noch der hebephrene Student

bieten sinnfällige, auch dem Laien auffällige Zeichen geistiger Störung; gröbere Ausfälle auf intellektuellem oder gemüthlichem Gebiete, Wahnideen, Sinnesstörungen u. dgl. sind nicht nachweisbar. Beide bestreiten selbst, geisteskrank zu sein; die krankhaften Erscheinungen beschränken sich bei der paralytischen Frau auf einige neurasthenische Symptome, bei dem hebephrenen Mantelbiede auf eine gewisse Indolenz, Mangel an Initiative und Menschen scheu; weder in dem einen noch in dem andern Falle scheinen psychologisch durchsichtige Beziehungen zwischen diesen Anomalien und der Straftat zu bestehen. Daß diese dem Laien ziemlich harmlos erscheinenden psychischen und körperlichen Symptome die ersten Zeichen einer fortschreitenden Zerstörung der Persönlichkeit, daß diese dem ursprünglichen Wesen der Täter durchaus fremden Straftaten die ausgesprochen krankhaften Äußerungen dieser langsam sich entwickelnden Verblöbungen sind, ist aber eine Tatsache, die durch zahlreiche ärztliche Erfahrungen begründet ist. In den ersten Fällen vermochte der Laie unter Leitung des Sachverständigen durch eigene Beobachtung die Schwere der Erkrankung und ihren Einfluß auf das Handeln zu erkennen und sich ohne Schwierigkeit ein eigenes Urteil über den Geisteszustand des Rechtsbrechers zu bilden. In den letzteren beiden Fällen jedoch ist der Richter ganz auf das Urteil des Sachverständigen angewiesen, es fehlt ihm die wissenschaftliche Grundlage, um seine Ausführungen zu prüfen und seiner Beweisführung zu folgen. Ob sich der Richter dem Gutachten anschließt, hängt demnach von der Stellung des Richters ab, die er der psychiatrischen Wissenschaft gegenüber einnimmt, und von dem persönlichen Vertrauen, das der Sachverständige vor dem Gerichte genießt.

Lassen Sie mich meine bisherigen Schilderungen durch die Darstellung einiger weiterer Fälle ergänzen:

6. Ein 35 jähriger Tagelöhner ist angeklagt, nach einem Wortstreite seinem Brotherrn das Haus angestecht zu haben. Er entstammt einer Familie, in der geistige Beschränktheit sehr verbreitet ist. Auch er ist ein sehr schwacher Schüler gewesen, hat es nie zu einer Selbständigkeit gebracht und ist noch jetzt von seiner Mutter vollkommen abhängig. Seine Intelligenz ist sehr gering, sein Urteil kindlich und unreif, seine moralischen Begriffe sind unklar, seine Kenntnisse überhaupt sehr dürftig. Wegen seiner geistigen Beschränktheit wird er von seiner Umgebung allgemein für nicht ganz zurechnungsfähig gehalten, und wiederholt wurde wegen seiner hochgradigen Reizbarkeit und Trunksüchtigkeit seine Aufnahme in eine Heilpflegeanstalt in Aussicht genommen. Bei dem Angeeschuldigten wurde von beiden Sachverständigen eine Imbezillität, d. h. ein angeborener Schwachsinn festgestellt; der eine von ihnen erklärte ihn

für unzurechnungsfähig, der andere für noch verantwortlich. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

7. Ein 25 jähriger Handlungslehrling wird beschuldigt, in mehreren Fällen sich als prakt. Arzt Dr. X. ausgegeben, auf dessen Namen Rezepte gefälscht und mehrere Apotheker um kleinere Beträge betrogen zu haben. Er behauptet, in einem unwiderstehlichen krankhaften Drange gehandelt zu haben. Der Angeschuldigte ist der Sohn eines exzentrischen, trunksüchtigen Vaters, der durch Selbstmord endigte, und einer krankhaft veranlagten hysterischen Mutter. Er erbte ihren Charakter und neigte von frühester Jugend an zu nervösen Störungen. Seine Erziehung bereitete große Schwierigkeiten; insbesondere war ihm die Neigung zu ganz zwecklosen phantastischen Lügen nicht auszutreiben. Der mütterlichen Zucht entwachsen, beging er eine Unzahl von Schwindeleien, die ihn wiederholt ins Gefängnis und jahrelang in eine Reihe von Irrenanstalten führten. Die Straftaten trugen alle den gleichen Charakter: kaum in die Freiheit entlassen, zog er unter dem Vorgeben, Arzt, Kriminalschutzmann oder dgl. zu sein, im Lande umher, prahlte mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen, ließ sich in ärztliche Kreise einführen, ohne dabei immer auf die Erlangung kleiner materieller Vorteile bedacht zu sein. Zum Teil aber waren die Schwindeleien so tollkühn und sinnlos, daß die Behauptung des Beschuldigten, er sei in seinen phantastischen Lügen ganz aufgegangen und habe schließlich mehr oder weniger im guten Glauben gehandelt, wohl den Tatsachen entsprach. An dem Vorliegen einer Pseudologia phantastica hegte auf Grund dieser Tatsachen keiner der zahlreichen Sachverständigen einen Zweifel, über die Frage jedoch, ob diese Krankheit die Zurechnungsfähigkeit aufhebe, gingen ihre Ansichten stark auseinander. Demgemäß wurde der Beschuldigte von einigen Gerichten wegen seiner Schwindeleien bestraft, von den meisten aber wegen der gleichen Straftaten freigesprochen.

8. Eine 35 jährige Kellnerin ist des Totschlagsversuchs an ihrem Ehemann beschuldigt. Die Tat selbst, sowie der Umstand, daß die Täterin in der Untersuchungshaft an Gehör- und Gesichtstäuschungen erkrankte, führte zu ihrer psychiatrischen Untersuchung. Sie ist eine wenig begabte, vernachlässigt erzogene Schifferstochter, die, früh auf sich angewiesen, ein sittlich sehr freies Leben führte und sich stark dem Trunke ergab. Sie ist fünfmal vorbestraft wegen Gewerbsunzucht und Rauschvergehen. Ihre Umgebung schildert sie als eine großsprecherische, egoistische, unwahrhaftige, verleumderische, empfindliche und sehr erregbare Person, die aus geringen Anlässen in maßlose Zornausbrüche gerät und jede Selbstbeherrschung dabei verliert. Die erst kürzlich geschlossene Ehe mit einem bedeutend jüngeren Fabrikarbeiter war infolge ihrer Rechthaberei, Launenhaftigkeit und Eifersucht von Anfang an unglücklich. Als der Mann sie schließlich verließ und mit einer jungen Person ein Verhältnis anknüpfte, lauerte sie ihm eines Abends auf und schoß dreimal auf ihn, ohne ihn zu treffen. Die Angeklagte wurde auf Grund der festgestellten Charaktereigenschaften und der überstandenen Haftpsychose von beiden Sachverständigen als eine hysterische Persönlichkeit bezeichnet. Über ihre Zurechnungsfähigkeit wurden sie sich nicht einig. Das Gericht verurteilte die Täterin unter Berücksichtigung ihrer krankhaften Anlage zu einer milden Strafe.

Endlich noch ein letzter Fall:

9. Ein 48 jähriger, vielfach rückfälliger schwerer Eigentumsverbrecher ist der Beleidigung der Gerichtshöfe beschuldigt. Er ist ein von jeher rücksichtsloser, rechthaberischer und eigensinniger Mensch gewesen, der trotz guter Veranlagung und Tüchtigkeit im Schreinerberufe früh in die Verbrecherlaufbahn geriet. Er führte mit großer Umsicht und verbrecherischer Energie eine große Zahl von Einbrüchen in öffentliche Gebäude aus, wegen welcher er einen großen Teil seines Lebens im Zuchthause verbrachte. Wie in den früheren Fällen, so versuchte er auch dieses letzte Mal durch hartnäckiges Leugnen sich der Strafe zu entziehen. Nachdem er auf einen Indizienbeweis zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, beruhigte er sich nicht, legte Revision ein, benannte eine Unzahl von Zeugen, um sein Alibi nachzuweisen, beantragte ein Wiederaufnahmeverfahren, geriet immer mehr in Erregung, wurde schlaflos und kam körperlich stark herunter. Die Idee, ein unschuldiges Opfer seiner Feinde zu sein, bemächtigte sich seiner mehr und mehr, sie wurde schließlich wahnsinnig fixiert und zu einem systematischen Wahne ausgebaut; er warf den Zeugen Meineid, den Richtern planmäßige Rechtsbeugung vor. Das führte zur Anklage wegen Beleidigung des Gerichtshofes. Auf ein Gutachten des Sachverständigen wurde er wegen Querulantenwahns freigesprochen. Für einen Diebstahl, den er kurz nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt beging, wurde er auf Grund des gleichen Gutachtens zur Verantwortung gezogen.

Meine Herren! Wenn wir die letzten vier Fälle mit denjenigen der ersten Gruppe vergleichen, so ist es Ihnen bereits aufgefallen, daß wir es hier mit geistigen Störungen zu tun haben, die von den vorhin besprochenen grundsätzlich verschieden sind. In der ersten hatten wir eine Reihe von Persönlichkeiten kennen gelernt, bei denen sich auf einer zunächst mehr oder weniger normalen Grundlage eine langsamere oder schnellere sich vollziehende psychische Wandlung entwickelte, die das ursprüngliche Wesen fortschreitend vernichtete. In den zuletzt geschilderten Fällen jedoch haben wir Individuen vor uns, die von frühester Jugend auf von der Norm abweichen und diese psychische Anomalie ihr ganzes Leben hindurch ohne wesentliche Änderung bewahren. Entwickeln sich auch bei dem einen oder andern von ihnen unter dem Einfluß von starken Erlebnissen, z. B. unter den Schädigungen einer plötzlichen Verhaftung oder den Wirkungen einer langen Strafhaft Ausnahmestände, so standen diese der ursprünglichen Anlage nicht so unvermittelt und fremd gegenüber, wie die Psychosen der ersten Gruppe. Sie entsprangen vielmehr dem ureigentlichen abnormen Wesen der Persönlichkeit und waren nichts als vorübergehende Steigerungen und Verzerrungen oder langsam fortschreitende Entwicklungen ursprünglicher Eigenschaften. Die

Zustände der Geistestätigkeit, die uns zur Beobachtung vorlagen, waren demnach unter sich insofern grundsätzlich verschieden, als es sich in der einen Gruppe um Prozesse, d. h. fortschreitende in Verblöbung ausgehende Gehirnkrankheiten, in der andern um abnorme Anlagen der geistigen Persönlichkeit handelte.

Bei der gemeinsamen Besprechung der ersten Gruppe, der Prozesse, waren wir bereits den Überlegungen des Sachverständigen gefolgt, die ihn bestimmten, diese Zustände als Strafausschließungsgrund zu betrachten. Bevor wir die zweite Gruppe, die abnormen Anlagen, vom Gesichtspunkte der Zurechnungsfähigkeit betrachten, erscheint es notwendig, eine kurze Auseinandersetzung mit den Begriffen des § 51 nachzuholen.

Zustände der Geistestätigkeit kommen nach dem geltenden Rechte als Strafausschließungsgrund nur dann in Frage, wenn sie krankhaft sind und die freie Willensbestimmung ausschließen.

Wann werden wir einen Geisteszustand als krankhaft bezeichnen dürfen? Wo ist die Grenze zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit? Als krankhaft bezeichnen wir einen psychischen Zustand, der in so erheblichem Maße von dem Durchschnitt sich entfernt, daß er auf das Individuum nachteilig wirkt, sei es, daß er seine körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit beschränkt oder sein subjektives Wohlbefinden beeinträchtigt oder seine Anpassung an die Gesellschaft, seine Einfügung in ein soziales Milieu erschwert oder aber gleichzeitig in mehreren Richtungen ungünstigen Einfluß auf ihn ausübt. Bei der ersten Gruppe ist diese krankhafte Abweichung vom Durchschnitt während des Lebens erworben, die Entwicklung in einer pathologischen Richtung und die allmähliche Zerstörung der ursprünglichen Anlage setzt in einem bestimmten Zeitpunkte ein. Die Prozesse treten demnach als etwas Neues der angeborenen Artung gegenüber, und wir können z. B. sinnfällig nachweisen, z. B. haben wir Grund anzunehmen, daß sie die Äußerungen anatomischer Veränderungen des Gehirnes sind. Gesundheit und Krankheit sind mithin bei diesen Störungen scharf von einander geschieden; Übergänge zwischen beiden bestehen nicht, mag sich auch im einzelnen Falle die psychische Veränderung in schwer greifbaren Erscheinungen äußern. Bei der zweiten Gruppe ist die Abweichung vom Durchschnitte angeboren und bleibt während des Lebens des Individuums — von gewissen aus inneren und äußeren Einflüssen entspringenden Schwankungen abgesehen — stets mehr oder weniger

die gleiche. Erwachsen die Störungen der ersten Gruppe als etwas der angeborenen Artung Widersprechendes, so ist also hier die Anlage krankhaft. Aber nicht in dem Sinne der Prozesse, die unserem Einfühlungsvermögen verschlossen bleiben, sondern lediglich als quantitative Verschiebungen und Verzerrungen normaler Anlagen, als — wenn auch krankhafte, so doch vom normalen Geistesleben aus psychologisch verständliche Variationen der Norm. Die scharfen Grenzen zwischen Krankheit und Gesundheit, die wir bei den Prozessen postulieren dürfen, fehlen also bei den minderwertigen Anlagen, und eine lückenlose Reihe von Individualitäten führt von der geistigen Gesundheit über die Regelwidrigkeit zu ausgesprochener Krankhaftigkeit. Zwischen geistiger Beschränktheit und Imbezillität besteht demnach ebensowenig eine scharfe Scheidewand, wie zwischen geistiger Beschränktheit und intellektuellem Hochstand.

Die Unzurechnungsfähigkeit eines Angeklagten ist nicht allein davon abhängig, daß die Störung der Geistestätigkeit eine krankhafte ist, vielmehr muß die Krankhaftigkeit eines Geisteszustandes einen bestimmten Grad erreichen, seine freie Willensbestimmung muß ausgeschlossen sein. Der Begriff der Willensfreiheit ist nicht nach medizinisch-naturwissenschaftlichen, sondern nach ethisch-philosophischen Gesichtspunkten gebildet, und nur unter diesen ist er im strengen Sinne anwendbar. Deshalb lehnen es die Psychiater bisweilen ab, sich als Sachverständige über die Frage der Willensfreiheit zu äußern, und bekämpfen fast allgemein eine Gesetzgebung, welche die Straffreiheit des Täters von dem Ausschluß der freien Willensbestimmung abhängig macht. Sie verlangen vielmehr, den philosophischen Begriff aus der an den ärztlichen Sachverständigen gerichteten Frage auszuschalten und durch einen psychologischen zu ersetzen oder die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit eines Kranken ohne nähere Bezeichnung der Wirkung seiner geistigen Anomalie auf sein Handeln von einem im Gesetz nicht näher definierten Grade der Störung abhängig zu machen.

Da nun das geltende Recht von den Sachverständigen verlangt, daß er nicht nur die Frage beantworte, ob eine Störung der Geistestätigkeit krankhaft sei, sondern auch, ob sie die freie Willensbestimmung ausschließe, hat man versucht, die begriffliche Schwierigkeit dadurch zu umgehen, daß man die freie Willensbestimmung identifizierte mit „normale Beeinflussbarkeit des Willens durch normale Motive“. Derjenige Mensch ist also willensfrei im Sinne des Gesetzes, dessen

Wille nicht krankhaft bestimmbar oder beeinflusst ist. Indem wir jetzt auf die Erwägungen eingehen, die den Sachverständigen veranlassen, einen krankhaft beeinflussten Willen anzunehmen, kommen wir auf unsern Gegenstand wieder zurück.

Über die Beurteilung der geistigen Prozesse unter dem Gesichtspunkte des § 51 haben wir uns schon geäußert. Läßt sich eine derartige Erkrankung an dem Täter nachweisen, so gilt er uns als willensunfrei, einerlei, ob sie erst in ihrer ersten Entwicklung begriffen ist oder schon schwere, auch dem Laien ohne weiteres auffällige Grade erreicht hat. Bestimmend auf unsere Beurteilung der Prozesse wirkt die Erfahrung, daß sie — zumal die in erster Linie in Betracht kommende Paralyse und die Dementia praecox — bereits in ihrem ersten Beginne den Charakter des Menschen vollkommen verändern und Willensäußerungen herbeiführen, die seiner früheren gesunden Persönlichkeit widersprechen. Bei Prozessen, wo diese Zerstörung langsamer fortschreitet, z. B. bei der Epilepsie und den senilatrophischen Prozessen, wird zwar nicht generell Unzurechnungsfähigkeit angenommen, sondern erst, wenn der Defekt eine gewisse Schwere erreicht hat. Immerhin besteht doch auch hier die Tendenz, schon leichtere Ausfälle als strafbausexschließend zu betrachten, die bei den angeborenen Entartungen noch nicht in diesem Sinne ausgelegt werden würden, indem man auch hier von der Erwägung ausgeht, daß die ursprüngliche, normale Persönlichkeit verloren gegangen und einer neuen, krankhaft beeinflussten Platz gemacht hat. Bei den minderwertigen Variationen der Norm wird der Maßstab für den Nachweis der Unzurechnungsfähigkeit jedenfalls viel strenger angelegt als bei den psychischen Erkrankungen im engeren Sinne, den Prozessen, und die Beurteilung dieser Zustände vom Gesichtspunkte der Verantwortlichkeit geht von andern Prinzipien aus. Waren es dort rein psychiatrische Überlegungen, so ist hier eine Betrachtungsweise am Platze, die ihre Elemente der normalen Individualpsychologie entnimmt. Denn hier handelt es sich, wie wir sahen, um Zustände, die von unserem psychischen Geschehen nur gradweise unterschieden und somit einfühlungsfähig sind. Ob wir den reizbaren Imbezillen für eine Brandstiftung, die eifersüchtige Hysterische für einen Todschlagsversuch, den pathologischen Schwindler für einen Betrug als zurechnungsfähig oder unzurechnungsfähig erklären, hängt lediglich von dem Grade der intellektuellen und affektiven Störungen der Täter ab und ist somit ganz dem subjektiven Ermessen der Sachverständigen überlassen. Der Para-

hysteriker, der Hebephrene, der Epileptiker mit erworbenem Schwachsinn gilt uns als unzurechnungsfähig für alle Handlungen. Die Feststellung, daß sein ursprüngliches Wesen krankhaft verändert ist, genügt uns, um seine freie Willensbestimmung in Zweifel zu ziehen, und es ist für die Beurteilung der Frage irrelevant, ob sich ein Zusammenhang zwischen der Tat und irgendwelchen affektiven oder intellektuellen Störungen nachweisen läßt oder nicht. Bei den Prozessen kennen wir mithin keine partielle Zurechnungsfähigkeit. Anders liegen die Verhältnisse bei den krankhaft Veranlagten. Nur die vorübergehenden, auf innere oder äußere Einflüsse hin erfolgenden, schweren psychotischen Steigerungen und Reaktionen — wie z. B. die Manie und der hysterische Dämmerzustand — und die ganz schweren Dauerformen — wie z. B. die Idiotie — schließen die Zurechnungsfähigkeit völlig aus. In der Mehrzahl der Fälle haben wir es jedoch mit mittleren Graden von psychopathischen Konstitutionen zu tun, und bei diesen verlangen wir für die Annahme der Unzurechnungsfähigkeit, daß die Tat in einem psychologisch klaren Zusammenhange mit den krankhaft gesteigerten Eigenschaften des Täters steht. Ein pathologischer Schwindler mit seiner unüberwindlichen Neigung zu phantastischen Entgleisungen gilt uns daher als nichtverantwortlich für die seiner blühenden Phantasie und Autosuggestibilität entspringenen Schwindeleien, wohl aber für einen Diebstahl, der mit diesen krankhaften Charaktereigenschaften nicht in eine psychologisch einfühlbare Beziehung gebracht werden kann; einem epileptoiden Psychopathen mit seiner pathologischen Reizbarkeit und seiner Neigung zu abnormen Affektausbrüchen werden wir eine Gewalttat nicht anrechnen, wohl aber eine Unterschlagung; ein Querulant ist nicht strafbar für eine wahnhaft bedingte Beleidigung, wohl aber für einen Diebstahl, der seiner ursprünglichen, verbrecherischen Veranlagung oder äußeren Umständen entspringt. Auf dem Gebiete der krankhaften Anlagen, der psychischen Mißbildungen erkennen wir demnach — von den erwähnten Ausnahmезuständen und den schweren Dauerformen abgesehen — keine allgemeine Unzurechnungsfähigkeit an; die Entscheidung, ob der Täter verantwortlich für eine Tat ist oder nicht, erfolgt vielmehr von Fall zu Fall; strafbar ist er nur für die Handlungen, deren Motive in keiner psychologisch einfühlbaren Abhängigkeit von ausgesprochen krankhaften Eigenschaften stehen.

Meine Herren! In den psychischen Prozessen lernten wir eine Anzahl von unter sich ganz verschiedenartigen, durch bestimmte, z. T.

wohl bekannte organische Prozesse ausgelöste Erkrankungen kennen, die Gehirnerweichung, das Jugendirresein, den Greisenchwachsinn u. a. Übergänge zwischen diesen Erkrankungen gibt es nicht, allenfalls Kombinationen zwischen ihnen. Die Prozesse bilden demnach eine *Vielfalt*. Wie aber die krankhaften Veranlagungen nicht von der geistigen Gesundheit abgrenzbar sind, so sind sie auch nicht untereinander scharf zu scheiden. Vielmehr vermischen sich diese Aberrationen von der Norm miteinander in mannigfaltigster Weise, und man kann gegebenenfalls eine Persönlichkeit mit dem gleichen Rechte als Imbezillität oder als hysterischen Charakter oder als *Pseudologia phantastica* bezeichnen, je nachdem man die einen oder die andern psychischen Eigentümlichkeiten als das Bild beherrschend erachtet. Die Prozesse waren eine Vielfalt von unter sich scharf umgrenzten Krankheitsbildern, die Entartungen sind eine unscharf gegliederte *Einheit*. Diese Feststellungen scheinen mir geeignet, Ihnen ein Verständnis für die gerade von Seiten der Richter oft gerügten widersprechenden Anschauungen der einzelnen Sachverständigen über die Diagnose der geistigen Krankheit eines Täters und über ihren Einfluß auf seinen freien Willen zu geben. Sie sehen, daß eine Einstimmigkeit in der klinisch-diagnostischen Auffassung der Beurteilung unter dem Gesichtspunkte der strafrechtlichen Zurechnung nur in den Fällen erwartet werden darf, in denen Störungen der ersten Gruppe, Prozesse vorliegen. Ist eben eine fortschreitende Erkrankung dieser Art festgestellt, so ist damit auch die Unzurechnungsfähigkeit nachgewiesen. Ganz anders jedoch in den Fällen, wo wir es mit abnormen Anlagen zu tun haben. Ob eine minderwertige Variation der Norm noch als regelwidrig bezeichnet werden darf oder schon als krankhaft aufgefaßt werden muß, ob im einzelnen Falle Störungen der Verstandestätigkeit oder des Affektlebens das Krankheitsbild beherrschen, ob die Tat unbedingt als ein Ergebnis der psychischen Anomalie betrachtet werden, und der Täter als unzurechnungsfähig gelten muß, alle diese Fragen können in sehr vielen Fällen nicht mit einem glatten Ja oder Nein beantwortet werden; neben der objektiven Würdigung entscheidet sie das subjektive Ermessen, dem dabei ein weiter Spielraum gelassen ist. So liegt es im Wesen dieses Materials begründet, daß auf dem Gebiete der abnormen Artungen einander widersprechende Auffassungen des einzelnen Falles zwischen den ärztlichen Sachverständigen auch bei gleicher wissenschaftlicher Schulung unvermeidlich sind, und zwar nicht nur in der Rubrizierung

der geistigen Anomalie unter eine diagnostische Bezeichnung, sondern bereits in der Feststellung, ob überhaupt eine Regelwidrigkeit krankhaften Grades vorliegt oder nicht, — denn hier besteht ein breites Gebiet lückenloser Übergänge zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit.

Wir sahen vorhin, daß die sachverständige Beurteilung krankhafter Geisteszustände, je nachdem wir Prozesse oder krankhafte Anlagen vor uns haben, unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgt. Bei jenen waren es rein psychiatrische Erwägungen im engeren Sinne, hier Betrachtungen, die ihre Elemente zum großen Teile der normalen Individualpsychologie entnehmen. Es leuchtet ein, daß der Richter auf diesem letzteren Gebiete unserer Beweisführung in ihren Voraussetzungen und Schlußfolgerungen bis zu Ende zu folgen vermag, da es sich um psychische Vorgänge handelt, die in seinem eigenen Seelenleben einen Widerhall finden. Die Grundlage für die Beurteilung dieser abnormen Artungen ist demnach ein feines normalpsychologisches Verständnis und ein starkes Einfühlungsvermögen, d. h. einerseits das verstandesmäßige Erfassen der psychischen Zusammenhänge und andererseits die Fähigkeit, sich gefühlsmäßig in den Rechtsbrecher hineinzuversetzen. Während zu dem ersteren jeder intelligente Richter in hinreichendem Umfange imstande ist, setzt die Einfühlung eine persönliche Begabung voraus, die nicht erworben, sondern nur durch Übung ausgebildet werden kann. Ein nach beiden Richtungen hin psychologisch begabter Richter würde demnach imstande sein, die Persönlichkeit des Rechtsbrechers auf Grund seines Vorlebens und seiner Handlungen zu erfassen und seine von der Norm abweichende psychische Artung zu erkennen. Er würde mithin in der Mehrzahl dieser Fälle ebenso gut wie der Sachverständige beurteilen können, ob die psychische Abnormität des Täters sein Handeln in dem Maße beeinflusst, daß sie seine freie Willensbestimmung ausschließt. Richter und Sachverständiger stellen somit bei der Beurteilung abnormer Anlagen mehr oder weniger die gleichen Überlegungen an. Bei der Begutachtung eines Angeschuldigten, der an einer progressiven Psychose leidet, bewegen wir uns aber auf einem Gebiete, das dem Richter nach seiner Vorbildung ziemlich verschlossen bleiben muß. Außer sich der Prozeß in einer Störung, die mit sinnfälligen, auch dem Laien als solche erkennbaren Zeichen der Verblödung oder der Geisteskrankheit einhergehen (Fall 1, 2, 3), so wird zwar der Richter an der Hand des ärztlichen Gutachtens sich ein Urteil über den Zustand bilden können. In den Fällen jedoch, wo der Prozeß lediglich in gewissen, wenn auch

tiefgreifenden, so doch dem Laien in ihrer Bedeutung nicht faßbaren Symptomen in Erscheinung tritt, ist der Richter dazu nicht imstande. Er steht den Ausführungen des Psychiaters wie denjenigen eines technischen Sachverständigen, etwa eines Chemikers gegenüber, deren Beweisführungen er ebensowenig zu kontrollieren vermag. Ob sich der Richter einem solchen Gutachten anschließt, wird davon abhängig sein, ob er die Überlegenheit des Sachverständigen auf diesem Gebiete anerkennt, und ob der Sachverständige selbst sich eine gewisse Autorität zu verschaffen gewußt hat.

Schließt sich der Richter einem Gutachten nicht an, das einen unter dem Einfluß einer progredienten Erkrankung stehenden Kranken für unzurechnungsfähig erklärt, so kann das z w e i Gründe haben. In dem einen Falle teilt der Richter die Anschauung des Sachverständigen, daß mit dem Nachweis einer progredienten psychischen Erkrankung — einerlei, welchen Grad sie erreicht hat — auch die Unzurechnungsfähigkeit festgestellt sei, aber er hält den Nachweis einer solchen Krankheit für nicht geliefert. Im andern Falle liegt die Sache umgekehrt. Der Richter ist von den klinischen Feststellungen des Sachverständigen überzeugt, teilt aber nicht seine forensischen Schlußfolgerungen, sondern verlangt für die Annahme der Unzurechnungsfähigkeit den Nachweis, daß die geistige Störung einen auch dem Laien als Geisteskrankheit imponierenden Grad erreicht hat oder gar, daß die Tat als das Ergebnis von Wahnideen oder Sinnestäuschungen erkenntlich sei. In dem ersten Falle hat sich der Richter von dem Bestehen schwerer psychischer Veränderungen nicht überzeugen lassen, im zweiten Falle ihre Bedeutung für die Handlungen des Kranken unterschätzt. In beiden Fällen hat der Sachverständige Grund zu bedauern, daß seine aufgewandte Mühe, den Richter über ein ihm verschlossenes Gebiet zu belehren, vergeblich war. Vermag sich aber ein Gericht einem Gutachten über die Zurechnungsfähigkeit eines abnorm veranlagten Menschen nicht anzuschließen, so wird der Sachverständige kaum Anlaß haben, daraus auf mangelndes Verständnis der Richter oder auf ungenügende Anerkennung seiner klinischen Ausführungen zu schließen. Ist der Richter einmal auf Grund des ärztlichen Gutachtens mit dem Wesen und dem Umfang der psychischen Aberrationen bekannt, so steht sein Urteil darüber, ob diese Störungen eine krankhafte Höhe erreichen und willensunfrei machen, ziemlich gleichwertig dem des Arztes gegenüber. Denn auf dem Gebiete der krankhaften Veranlagungen gibt es keine natürlichen Grenzen und, wo

die künstlichen gezogen werden, ist dem subjektiven Ermessen überlassen.

Trotzdem kann der Richter den Sachverständigen auch bei der Beurteilung dieser Zustände nicht entbehren. Denn einmal ist die Entscheidung, ob ein Symptomenkomplex die Äußerung einer progressiven Erkrankung oder die vorübergehende Reaktion einer abnormen Persönlichkeit ist, nur auf Grund von psychiatrischer Erfahrung zu fällen. Aber abgesehen davon, läßt sich nicht bestreiten, daß der Arzt auf Grund seiner Sachausbildung und Berufstätigkeit mehr als der Richter berufen ist, sich über den Einfluß abnormer Affekte, krankhafter Urteilschwäche, pathologischer Lügenhaftigkeit und dgl. zu äußern. Kriminalpsychologische Untersuchungen haben bisher dem Psychiater stets näher gelegen als dem Richter, der seine Aufmerksamkeit doch mehr dem juristischen Tatbestande zuwendet, als der Persönlichkeit des Rechtsbrechers selbst, und die psychologische Entstehung der Tat vernachlässigt. An der allgemeinen Richtigkeit dieser Behauptung wird dadurch nichts geändert, daß es Richter gibt, die ein feines Verständnis für das Seelenleben des Verbrechers zeigen, und Psychiater, die auf diesem Gebiete versagen. Im allgemeinen ist aber der Psychiater schon durch seine weitaus überwiegende, und von weiteren Gesichtspunkten beherrschte Beschäftigung mit dem abnormen Menschen des freien Lebens für diese Aufgaben besser vorbereitet als der Richter.

M. H.!. Wenn wir die Tat eines abnorm veranlagten Menschen, etwa den Totschlagsversuch einer pathologisch erregbaren hysterischen oder die Schwindeleien eines pathologischen Lügners aus seiner Persönlichkeit erklären, so gehen wir, wie wir sahen, von normalpsychologischen Erwägungen aus. Wenn uns der Richter einen Angeeschuldigten, den er wegen gewisser auffälliger Handlungen für geisteskrank hält, zur Beobachtung überweist und wir seine Taten auf den Einfluß gewisser dem Richter unbekannter gebliebener Milieuschäden zurückführen und als normal motivierte nachweisen, so tun wir das gleiche. Streng genommen berühren wir dabei aber Fragen, deren Beantwortung nicht mehr Sache des psychiatrischen Sachverständigen ist. Das Gericht fordert den Sachverständigen auf, sich über die Voraussetzungen des § 51 zu äußern. Darf der Arzt darüber hinausgehen und den Richter über die Gemeingefährlichkeit, die zweckmäßigste Art der Behandlung und Unterbringung des Rechtsbrechers belehren?

Von psychiatrischer Seite wird vielfach mit Nachdruck betont, daß der Sachverständige seine Kompetenzen überschreitet, wenn er auf Fragen eingehe, deren Beantwortung nicht ausdrücklich von ihm verlangt worden sei. Er habe die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten und alle weiteren Schlüsse dem Richter zu überlassen.

Diese Ansicht ist gewiß sehr korrekt, aber sie ist engherzig. Denn es liegt im Interesse des Richters, des Angeschuldigten und der Allgemeinheit, wenn sich der Sachverständige gegebenenfalls nicht darauf beschränkt, sich lediglich über die Zurechnungsfähigkeit des Täters auszusprechen. Der Sachverständige ist der Berater und Gehilfe des Richters. Seine Aufgabe ist, dem Laien soviel von seinem Wissen mitzuteilen, als erforderlich ist, um den Fall selbst klar zu erfassen und die sachmännischen Überlegungen des Arztes nachprüfen zu können. Dazu genügt es nicht, daß der Sachverständige die Ergebnisse seiner Beobachtung und die Diagnose der Krankheit dem Richter mitteilt, sondern er hat darüber hinauszugehen und ihn mit dem Wesen der Krankheit, ihrer Wirkung auf die Entwicklung und die Lebensführung des Rechtsbrechers und ihren Einfluß auf den Täter zur Zeit der Tat bekannt zu machen. Nur so ist dem Richter die Möglichkeit gegeben, sich über den Umfang und den Grad der Störung ein klares Bild zu machen und sich selbst ein Urteil über ihren Einfluß auf die freie Willensbestimmung des Angeschuldigten zu bilden. In den Fällen, in denen der Täter eine krankhafte Anlage zeigt, von der man im Zweifel sein kann, ob sie so hochgradig ist, daß sie die Verantwortlichkeit ausschließt, wird der Sachverständige dem Richter seine Zweifel nicht unterdrücken, sondern eingehend begründen. Mit einem Gutachten, das mit einem „non liquet“ schließt, ist aber dem Richter wenig gedient. Wenn irgend möglich wird der Sachverständige auch hier zu einem bestimmten Ergebnis zu kommen suchen. In den Grenzfällen jedoch, bei denen sich der Sachverständige mangels zwingender Gründe ebenso für, wie gegen den Ausschluß des freien Willens aussprechen kann, darf der Gutachter m. E. praktische Überlegungen den Ausschlag geben lassen. Er wird erwägen, ob das Vorleben des Angeschuldigten und sein gegenwärtiger Geisteszustand es erwarten lassen, daß er auch fernerhin mit den Gesetzen in Konflikt kommen werde, — ob er gar ernstlich gemeingefährlich ist oder ob gehofft werden darf, daß er ein soziales Leben führen werde, — ob zu erwarten ist, daß er den Strafvollzug ohne pathologische Re-

aktionen überstehen werde, — wie er sich in das Leben der Irrenanstalt einfügen werde, ob gewährleistet werden kann, daß er dort längere Zeit zurückgehalten werden wird und dgl. Von diesen Überlegungen darf er es abhängig machen, welche Art der Behandlung des Falles er als die rationellste für den Angeschuldigten und für die Allgemeinheit empfiehlt. Dadurch, daß der Richter mit den Schwierigkeiten der Behandlung und den Gründen der Entscheidung des Sachverständigen bekannt gemacht wird, gewinnt er einen klaren und umfassenderen Einblick in die Verhältnisse, die er auf Grund seines rein forensischen Wissens nicht zu beurteilen vermag. Er wird es daher nicht beklagen dürfen, daß der Sachverständige seine Befugnisse überschritt und Fragen beantwortete, die gar nicht aufgeworfen waren. Denn wenn der Richter die Fragen nicht stellte, so geschah es nicht aus dem Grunde, weil er sie sich selbst beantworten konnte oder keine Antwort wollte, sondern weil er nach seiner Vorbildung das Auftauchen dieser Fragestellung nicht vorausszusehen vermochte. Diese Auffassung der Gutachtertätigkeit setzt allerdings bei dem Richter ein weitgehendes Verständnis für psychiatrische Dinge, bei dem Sachverständigen — vor allem in der öffentlichen Verhandlung — ein sicherer Takt und weiterhin eine gründliche Kenntnis des geltenden Rechtes voraus. Denn um Fragen de lege ferenda aufzuwerfen, ist das ärztliche Gutachten nicht der geeignete Ort.

M. H.! Ich habe nur eine Frage aus dem juristisch psychiatrischen Grenzgebiet herausgegriffen, von der ich hoffen durfte, daß sie auf besonderes Interesse in Ihrem Kreise rechnen dürfe. Ich habe gezeigt, unter welchen Voraussetzungen der Richter imstande ist, den Ausführungen des Sachverständigen zu folgen und sie selbständig nachzuprüfen, und das Gebiet umgrenzt, innerhalb dessen der Jurist von dem Arzte eine bestimmte Antwort auf seine Fragen erwarten darf. Wenn es mir gelungen sein sollte, einige Unklarheiten, Vorurteile und Mißverständnisse bei Ihnen zu beseitigen, so ist der Zweck meines Vortrages erreicht.